

Kadewe-Gruppe unter Betrugsverdacht: Ermittlungen in Berlin laufen!

Die Insolvenz der Kadewe-Gruppe und Ermittlungen gegen Signa werfen Fragen zu Finanzpraktiken und staatlichen Bürgschaften auf.



Im Jahr 2024 wird die Insolvenz der Kadewe-Gruppe immer mehr zur finanziellen Belastung für Berlin. Anfang des Jahres meldete das prestigeträchtige Einzelhandelsunternehmen Insolvenz an, nachdem es in den Pleitestrudel des Signa-Konzerns geraten war. Laut einem Bericht von rbb24 wird gegen die Signa-Gruppe und ihre Tochterunternehmen wegen des Verdachts des Subventionsbetrugs ermittelt, was die Situation zusätzlich kompliziert. Ein Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Sebastian Büchner, bestätigte, dass die Ermittlungen auch die Kadewe-Gruppe betreffen, doch eine Verbindung zu einem 90 Millionen Euro Kredit, der durch eine Bürgschaft von Bund und Ländern gesichert wurde, wurde nicht eindeutig festgestellt.

Besonderes Augenmerk liegt auf den finanziellen Folgen, die sich aus der Insolvenz ergeben. Das Land Berlin könnte am Ende bis zu 18 Millionen Euro für die Rückzahlung des Corona-Hilfskredits zahlen, wie n-tv berichtete. Dieser Kredit wurde ursprünglich genehmigt, um die wirtschaftlichen Ausfälle während der Pandemie abzufedern. Während der Bund 50 % des Risikos übernahm, ist Berlin für 32,9 % verantwortlich. Bislang wurde jedoch nur ein Teil der Bürgschaft eingelöst. Laut Bundeswirtschaftsministerium könnte die tatsächliche Belastung für Berlin nun nur noch bei etwa 2,2 Millionen Euro liegen, da die Verwertung der Sicherheiten eine weitaus niedrigere Ausfallquote erwarten lässt, als ursprünglich befürchtet.

Aktuelle Entwicklungen

Die Kadewe-Gruppe hatte im Jahr 2021 Corona-Hilfen in Höhe von 52 Millionen Euro beantragt, die an bestimmte Bedingungen geknüpft waren. Interessanterweise behauptet die Kadewe-Gruppe, dass bereits Rückzahlungen „in relevanter Höhe“ an die Kreditgeber erfolgt sind. Diese Daten stehen jedoch im Kontrast zu den Berichten über die noch ausstehenden Beträge von über 55 Millionen Euro. Die Berliner Finanzverwaltung betonte, dass bevor eine Ausfallbürgschaft in Anspruch genommen werden könne, erst die bestehenden Sicherheiten verwertet werden müssen. Eine Inanspruchnahme aus der Insolvenz alleine rechtfertigt also noch nicht die Bürgschaft. Klar ist jedoch, dass die finanziellen Herausforderungen der Kadewe-Gruppe sich intensiv auf Berlin auswirken werden, wie bereits die Verlautbarungen der Verantwortlichen zeigen.

Die Situation rund um die Kadewe-Gruppe entwickelt sich also zu einem bedeutenden Thema, nicht nur für das Unternehmen selbst, sondern auch für die Finanzlage Berlins. Während sich die Ermittlungen gegen die Signa-Gruppe mehr und mehr zuspitzen, stehen die staatlichen Gelder auf der Kippe, was das Interesse der Öffentlichkeit am Fortgang dieser Geschichte nur noch steigert.

Details

Quellen

- www.rbb24.de
- www.n-tv.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de